

Der neue EU-Asylpakt: Aus Fehlern nichts gelernt

geschrieben von Andreas | 17. Februar 2021



OXFAM

Zwei neue Berichte dokumentieren die fatalen Folgen der europäischen Migrationspolitik

Berlin, 15.02.2021. Die Lebensbedingungen im Flüchtlingscamp Kara Tepe/Mavrovouni auf Lesbos entsprechen nicht einmal den internationalen Mindeststandards für humanitäre Krisen. Doch die EU will die Politik fortsetzen, die für diese Zustände verantwortlich ist. Das kritisieren die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam und der Griechische Flüchtlingsrat (GCR) in zwei neuen Berichten. Die beiden Organisationen fordern einen besseren Schutz der Rechte von Menschen auf der Flucht und eine fairere Verteilung von Verantwortung innerhalb der EU.

Der Bericht [„Tipping the Scales“](#) analysiert, welche Auswirkungen die Weigerung der EU-Länder, Asylsuchende innerhalb Europas umzusiedeln, auf die Situation in Griechenland hat. Er zeigt, dass die Mitgliedsstaaten ihren Verpflichtungen wiederholt nicht nachkamen: entweder, indem sie sich von vornherein weigerten, Geflüchtete aus

Griechenland aufzunehmen, oder weil sie ihre Zusagen nicht einhielten. Die EU-Länder haben zudem immer wieder versucht, sich ihrer rechtlichen Pflichten zu entziehen, indem sie die Zusammenführung von Familien durch bürokratische Hürden erschwerten.

All dies schuf zusätzlichen Druck auf die griechischen Asyl-Einrichtungen und führte zu miserablen Lebensbedingungen auf den griechischen Inseln. Die aktuelle Situation auf Lesbos dokumentiert die Februarausgabe des [„Lesbos Bulletin“](#): Zwar hat Griechenland mit Unterstützung der EU die Situation in den Flüchtlingslagern zuletzt teilweise verbessert. So teilen sich in Mavrovouni mittlerweile 47 Menschen eine Warmwasserdusche, nicht mehr 7.600 wie vor einigen Wochen. Doch weiterhin steht 21 Menschen nur eine Toilette zur Verfügung, was nicht den Mindeststandards entspricht, die für internationale Hilfseinsätze in humanitären Krisen und Katastrophen gelten.

Geteilte Verantwortung? Fehlanzeige

Oxfam und GCR analysieren zudem den Vorschlag der EU-Kommission für die Neuordnung der Migrations- und Asylpolitik, insbesondere im Hinblick darauf, ob der Umgang mit Geflüchteten künftig solidarischer innerhalb der EU organisiert wird. Das Fazit: Die Pläne bieten keine Lösungen für die Probleme, die zu den menschenunwürdigen Zuständen auf den griechischen Inseln geführt haben.

„Die EU hat selbst eingeräumt, dass sie mit ihrer Asylpolitik gescheitert ist. Doch der Vorschlag für einen neuen Migrationspakt schreibt genau dieselbe Politik fort. Im besten Fall wird so der zermürbende Schwebezustand verlängert, in dem die Menschen auf den griechischen Inseln ausharren. Im schlimmsten Fall werden sie in die Gefahren zurückgeschickt, denen sie entkommen wollten“, kritisiert Raphael Shilhav, Oxfams Experte für Migrationspolitik im Büro Brüssel.

Die Corona-Pandemie hat zudem zuletzt viele zusätzliche

Probleme geschaffen: Familienzusammenführungen können nicht stattfinden und eingeschränkte Öffnungszeiten der griechischen Behörden sowie Ausgangssperren für Geflüchtete verlangsamten die Bearbeitung von Asylanträgen. Zudem wurde der Zugang zu rechtlichem Beistand stark eingeschränkt.

EU entledigt sich ihrer Verantwortung für Geflüchtete

Auf die Überlastung der griechischen Asyl-Einrichtungen reagierte die Regierung unter anderem mit Gesetzesreformen, verstärkter Abschiebehaft und neuen bürokratischen Hürden im Asylprozess. Die Folgen sind dramatisch: Jeder fünfte Geflüchtete hat einen Selbstmordversuch unternommen, Menschen werden ohne rechtliche Grundlage inhaftiert, darunter Alte und Überlebende sexualisierter Gewalt. Zudem leben die Bewohner*innen der Flüchtlingslager in ständiger Gefahr vor sexuellen Übergriffen und Kindern wird ihr Recht auf Bildung verwehrt. Berichte über häusliche Gewalt haben zugenommen und die im Zuge der Pandemie verhängten Bewegungseinschränkungen hindern Frauen daran, professionelle Hilfe zu suchen.

„Seit dem EU-Türkei-Abkommen haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten versucht, sich ihrer Verantwortung für Geflüchtete zu entledigen. Europa muss die Rechte von Menschen schützen, die bei uns Zuflucht suchen, und zwar solidarisch und in gemeinsamer Verantwortung“, fordert Spyros-Vlad Oikonomou vom Griechischen Flüchtlingsrat.

Redaktionelle Hinweise:

- Interviews mit Expert*innen in Athen und Lesbos (Englisch, Griechisch) und in Brüssel (Englisch) sind möglich.
- Der Bericht “Tipping the Scales: The role of responsibility and solidarity sharing in the situation on the Greek Islands” finden Sie unter folgendem Link: https://www.oxfam.de/system/files/documents/report_tipping_the_scales_-_no_embargo.pdf
- Das aktuelle Lesbos-Bulletin finden Sie unter folgendem

Link:

https://www.oxfam.de/system/files/documents/february_lesbos_bulletin_-_final.pdf

- Der griechische Minister für Migration und Asyl rechtfertigte die Reformen des griechischen Asylrechts damit, Griechenland zu einem „weniger attraktiven Ziel für Migrationsströme“ zu machen und zur „Entstauung“ der Inseln beizutragen.
- Der Studie „The Cruelty of Containment: The Mental Health Toll of the EU’s ‚Hotspot‘ Approach on the Greek Islands“ des International Rescue Committee zufolge, hat jeder dritte Asylbewerber Selbstmordgedanken und jeder fünfte bereits versucht, sich das Leben zu nehmen.
- Im Jahr 2019 gab es in Griechenland 240 abgelehnte Asylanträge, im Jahr 2020 über 2800.
- Nur ein Drittel der für die Jahre 2015 bis 2017 vereinbarten 160.000 Umsiedlungen haben stattgefunden. Nach dem Brand in Moria versprachen die europäischen Länder die Umsiedlung von 5100 Menschen. Mit 2050 Umsiedlungen wurde weniger als die Hälfte davon erfüllt.

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 0177-8809977, E-Mail: skuessner@oxfam.de, Twitter: @OxfamPresse

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in 67 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Neue SÜDWIND-Studie: „Grenzen überwinden. MigrantInnen auf dem Weg nach Europa“

geschrieben von Andreas | 17. Februar 2021
Pressemitteilung

Bonn, 26.10.2016: Das Jahr 2015 ist uns allen als ein Jahr der Migration und weltweiten Flucht in Erinnerung. Es war der Eindruck entstanden, dass alle MigrantInnen und Geflohenen weltweit nach Deutschland wollten. Plötzlich schien die ganze Welt in Bewegung gekommen zu sein. Doch, so zeigt die neue SÜDWIND-Studie „Grenzen überwinden. MigrantInnen auf dem Weg nach Europa“, dieser Eindruck täuscht. Weder die ganze Welt migriert, noch wollen alle Menschen, die migrieren, nach Europa oder Deutschland. „Gemessen an der Gesamtzahl der Weltbevölkerung liegt der Anteil der MigrantInnen über lange Zeiträume gesehen relativ stabil bei etwas über drei Prozent.“, so die Autorin der Studie, Dr. Sabine Ferenschild.

Dabei ist es wichtig zu wissen, aus welchen Regionen und Motiven, auf welchen Wegen, mit welchen Zielen und Perspektiven Menschen migrieren – und ob sich dabei Veränderungen und Trends über die Jahre abzeichnen. Die aktuelle SÜDWIND-Studie lenkt den Blick in das östliche Afrika: In dieser Region liegen Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten von Migration und Flucht. Manche Staaten sind Herkunft und Ziel zugleich. Aus dieser Region, insbesondere aus Eritrea, machen sich in den letzten Jahren zunehmend Menschen auf den Weg nach Europa, zum Teil über die Mittelmeerroute, zum Teil über die Türkei als Transitland und dann weiter auf der Westbalkanroute. Die Staaten aus dieser

Region sind Partner der EU im sog. „Khartum-Prozess“. Was sich dahinter verbirgt und wie der Khartum-Prozess eingebettet ist in die europäische und deutsche Migrations- und Fluchtpolitik, behandelt die soeben veröffentlichte SÜDWIND-Publikation.

Die Studie schließt mit Empfehlungen für eine Migrationspolitik ab, die auf Menschenrechten beruht. Sie ist gleichzeitig als eine Absage an eine Politik zu verstehen, die auf Grenzschutz und Migrationsverhinderung setzt. Eine solche Politik suggeriert, die europäischen Gesellschaften könnten vor den globalen politischen und ökonomischen Entwicklungen, die Migration auslösen, durch Grenzschutz ‚geschützt‘ werden. Sie verkennt dabei die Tatsache, dass das westliche Lebens- und Wirtschaftsmodell von der Arbeitskraft, den Rohstoffen und auch den Märkten der Herkunftsländer abhängt.

Mit der vorliegenden Publikation fordert Ferenschild, „endlich Barrieren und Grenzen im Denken zu überwinden und freiwillige Migration als Möglichkeit der Lebensgestaltung zu akzeptieren.“ Dabei hinaus müsse erzwungene Migration schließlich durch die Stärkung der Rechte von MigrantInnen erträglich gestaltet werden.“

Die von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderte Studie kann hier oder über info@suedwind-institut.de bestellt werden und steht ab sofort hier zum Download bereit.

Kontakt:

Dr. Sabine Ferenschild, Telefon: 0228- 763698-16

E-Mail: ferenschild@suedwind-institut.de

Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising /

Public Relations and Fundraising

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

Fax: +49 (0)228-763698-22

E-Mail: schumacher@suedwind-institut.de

Website: www.suedwind-institut.de